

ERKRATH / HAAN / METTMANN AKTUELL

Erkrath: Kiebitze stören Gewerbepläne

Neanderhöhe: CDU, SPD und FDP stimmen im Planungsausschuss für ein Gewerbegebiet. Die Gegner setzen jetzt auf den Artenschutz.



Gegenüber des bestehenden Gewerbegebiets Bessemer Feld sollen Firmen auf der Neanderhöhe angesiedelt werden. Foto: Archiv

Erkrath. Vor dem Eingang zum Bürgerhaus wies ein Schild zwar den Weg zum „VHS Sushi-Kurs“ – im großen Versammlungsraum wurden jedoch keine kleinen Häppchen verspeist, sondern große Brocken gekaut. Es ging um den Flächennutzungsplan und einen Bebauungsplan für die Neanderhöhe. Das Ziel des Verfahrens: Neben dem bereits existierenden Recyclinghof von Schönackers an der Hochdähler Straße soll ein Gewerbegebiet ausgewiesen werden.

Geht es nach CDU, FDP – und den Sozialdemokraten – werden denn auch so bald wie möglich auf einer ringförmigen Erschließungsstraße rund um neu gebaute Firmengebäude Autos fahren. SPD-Fraktionschef Detlef Ehlert: „Wir brauchen hier Gewerbeflächen.“

Dieser Meinung ist bekanntlich auch die CDU, deren Fraktionsvorsitzender Wolfgang Jöbges darauf verwies, „dass wir bei den mittelfristig zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen das Schlusslicht im Kreis bilden“.

Ansiedlung von Industrie wird ausgeschlossen

Gleichzeitig kündigte Jöbges an, die CDU werde die Neanderhöhe aus dem „GI-Status“ (Industrieanlagen möglich) in einen „GE-Bereich“ (Gewerbefirmen) zurückführen. Damit wäre auch praktisch der Möglichkeit ein Riegel vorgeschoben, ein Edelstahlwerk wie Pose-Marré auf der Neanderhöhe anzusiedeln. Genau das war Ende der 70er Jahre nämlich geplant.

Konsens wurde damit dennoch im Ausschuss nicht erreicht. Grünen-Sprecher Peter Knitsch prangerte, ebenso wie Vertreter der Schutzgemeinschaft Neandertal, massive Versäumnisse beim Artenschutz an. So könne die Verwaltung nicht darstellen, was mit einem Kiebitz-Paar passieren solle, dass sich die Neanderhöhe als Lebensraum auserkoren habe und unter Artenschutz stehe. „Wir werden alles unternehmen, um die Verwirklichung des Gewerbegebiets zu verhindern“, kündigte Knitsch an.

Auch ein Lärmschutzwall zur Wohnbebauung im Osten kann ihn nicht mit dem Projekt versöhnen: „Die Siedlung Neanderhöhe wird eingemauert.“ So ganz nebenbei ließ Knitsch das Wort „Verwaltungsgericht“ in seine Äußerungen einfließen.

14.11.2007
Von Arnulf Ramcke